

# „Die Polizeidichte ist noch lange nicht so, wie sie sein sollte“ *Welt 2.7.77*

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesjustizminister Vogel hat gestern in Bonn dem bisherigen Ministerialdirektor im Stuttgarter Justizministerium, Kurt Rebmann, 53, die vom Bundespräsidenten unterzeichnete Ernennungsurkunde zum Generalbundesanwalt überreicht. Rebmann ist damit Nachfolger des am 7. April von Terroristen ermordeten Siegfried Buback. Die Amtseinführung erfolgt am 13. Juli in Karlsruhe. In einem Interview der WELT zeigt Rebmann die Leitlinien seiner künftigen Arbeit auf.

**WELT:** Herr Rebmann, Sie waren Favorit für das Amt des Bundesratsdirektors in Bonn. Aus welchen Gründen haben Sie sich entschlossen, das Angebot, Generalbundesanwalt zu werden, zu akzeptieren?

**Rebmann:** Ich halte das Amt des Generalbundesanwalts für die Rechtspflege der Bundesrepublik Deutschland und für die Sicherheit unseres Staates zumindest in der gegenwärtigen Zeit für vorrangig. Außerdem bietet dieses Amt einem engagierten Juristen ein weites und eigenverantwortliches Betätigungsfeld.

**WELT:** Spätestens seit der Ermordung Ihres Amtsvorgängers Buback ist allgemein bekannt, daß der Generalbundesanwalt als Repräsentant des Staates, als oberster Ankläger, um Leib und Leben fürchten muß. Hat die Angst bei Ihren Überlegungen eine Rolle gespielt?

**Rebmann:** Ich bin mir natürlich der persönlichen Gefährdung bewußt, die dieses Amt mit sich bringt. Zugleich bin ich aber davon überzeugt, daß die für die Sicherheit zuständiger Behörden alles tun werden, um dieses persönliche Risiko auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

**WELT:** Herr Rebmann, wie sehen Sie die Rolle des Generalbundesanwalts im Spannungsverhältnis zwischen Justiz und Politik? Ich denke daran, daß der Generalbundesanwalt den Weisungsbefugnissen des Justizministers unterliegt. Sind da nicht Konflikte vorprogrammiert?

**Rebmann:** Ich glaube das nicht. Meinungsunterschiede im Grundsätzlichen sehe ich nicht. Unterschiedliche Auffassungen in Einzelfragen sind, wie überall, nicht auszuschließen, werden aber — davon bin ich als Kenner der Verhältnisse überzeugt — sachbezogen abgeklärt. Warum auch nicht einmal durch eine Weisung? Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Bundesjustizminister und Generalbundesanwalt wird es meines Ermessens nicht geben.

**WELT:** Vor welchen Hauptaufgaben steht der neue Generalbundesanwalt?

**Rebmann:** Meine Hauptaufgabe sehe ich zunächst darin, die optimale Leistungsfähigkeit und Effektivität der Bundesanwaltschaft in allen ihren Bereichen, im Staatsschutz, in der Strafverfolgung der Terroristen und in der Revisionstätigkeit sicherzustellen. Dabei werden Fragen der Organisation, des Personaleinsatzes, auch Fragen einer Personalverstärkung im Vordergrund stehen,

auch die Probleme der Schwerpunktbildung, tatzeitnaher Anklagen und der Prozeßstoffbeschränkung. Ich will nach und nach auch der Revisionstätigkeit der Bundesanwaltschaft einen erheblichen Teil meiner Arbeit widmen. Denn ich verstehe den Generalbundesanwalt keineswegs nur als „Chefankläger“.

**WELT:** Sie haben vorhin selbst das Stichwort Terrorismus genannt. Er wird sicherlich ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit bleiben. Wie sehen Sie die Szene?

**Rebmann:** Ich halte die Terroristszene immer noch für gefährlich, virulent und aktiv, durch die Fahndungserfolge der letzten Zeit aber doch etwas abgeschreckt und verunsichert. Man wird sich neue Methoden der Fahndung überlegen müssen, insbesondere der Schwerpunktbildung und der zeitlichen Konzentration auf bestimmte Fahndungskomplexe. Dabei muß aber auch klargestellt werden, daß die Aufgabe des Generalbundesanwalts in der Terroristszene nicht darin besteht, Personen zu verfolgen, die eine andere Auffassung von Staat und Gesellschaft haben oder die wegen dieser anderen Auffassung auf die Straße gehen. Strafrechtlich verfolgt werden allein diejenigen, die wegen dieser anderen Auffassung von Staat und Gesellschaft Morde und Gewalttaten begehen.

**WELT:** Erfolge, und damit meine ich in erster Linie Festnahmen, waren bisher fast immer nur Glücksfälle. Das gilt auch für die Verhaftung Günter Sonnenbergs, des mutmaßlichen Mörders Ihres Amtsvorgängers. Warum tut sich die Polizei so schwer, diese Leute zu fassen?

**Rebmann:** Ich bin einmal der Überzeugung, daß die Polizeidichte in der Bundesrepublik Deutschland noch lange nicht so ist, wie sie sein sollte. Zum anderen wissen wir, daß die Terroristen, die mit Gewalttaten immer noch einen erheblichen Kreis von Sympathisanten haben, die ihnen die Taten und das Untertauchen erleichtern. Meines Ermessens kann man auf weite Sicht wohl nur durch ein stärkeres Engagieren der Bevölkerung bessere und breitere Ermittlungserfolge erzielen. Der Fall Singen ist ein Beweis.

**WELT:** Herr Rebmann, welche Rolle spielen in diesem Netz inhaftierte Terroristen und deren Verteidiger?

**Rebmann:** Durch unüberwachte Verteidigerbesuche läßt sich das Infosystem zwischen inhaftierten Terroristen und auf freiem Fuß befindlichen Gruppen leicht aufrechterhalten. Dem könnte — jedenfalls in einem gewissen Ausmaß — durch eine Überwachungsregelung begegnet werden, die selbstverständlich allen rechtsstaatlichen Erfordernissen genügen müßte.

**WELT:** Sie haben vorhin selbst von den Sympathisanten gesprochen. Wie stehen Sie zur Forderung nach einer moralischen Isolierung dieses Personenkreises?

**Rebmann:** Ich unterstütze die Forderung voll und ganz. Alle demokratischen Kräfte unseres Landes sollten im-

mer wieder eindringlich darauf hinweisen, daß sich auch derjenige moralisch mitschuldig macht, der für die Taten der Terroristen Verständnis zeigt, insbesondere in der Öffentlichkeit.

**WELT:** Ich möchte jetzt noch einmal auf den Stammheimer Prozeß zurückkommen. Erwarten Sie Revisionsanträge?

**Rebmann:** Ja. Nach den Plädoyers der Verteidiger in der Hauptverhandlung und nach den in der Pressekonferenz der sogenannten Vertrauensanwälte abgegebenen Erklärungen habe ich keinen Zweifel, daß Revision eingelegt wird.

**WELT:** Es gab einige Kritik an diesem Großprozeß. Sind Sie der Meinung, daß verfahrenswirtschaftlich vorgegangen werden muß?

**Rebmann:** Ja. Man sollte den Prozeßstoff wenn irgend möglich und verfahrensrechtlich zulässig und vom Strafmaß her vertretbar beschränken. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, ob neben vollendeten Tötungsdelikten mit relativ klarer Beweislage auch versuchte Tötungsdelikte in größerer Zahl angeklagt werden sollen.

**WELT:** Dies gilt für künftige Prozesse?

**Rebmann:** Unbedingt. Ich halte es für die Gerechtigkeitswartung unserer Mitbürger und aus Gründen der Generalprävention für äußerst wichtig, daß die Bestrafung solch schwerer Gewaltverbrechen der Tat möglichst schnell auf dem Fuße folgt. Zur Erreichung dieses Ziels kann auch eine vernünftige Prozeßstoffbeschränkung beitragen.

**WELT:** Ein weiterer Schwerpunkt Ihrer Arbeit in Karlsruhe wird sicherlich die Verfolgung und Anklage von Spionen sein. Teilen Sie die Meinung, daß die Bundesrepublik Deutschland wie kein anderer Staat der Erde von Spionage bedroht ist?

**Rebmann:** Ich habe darüber noch keinen klaren Überblick, meine aber, daß eine solche Feststellung zu weit ginge. Spionage ist heutzutage ein weltweites Problem, von dem alle Staaten betroffen sind, in West und Ost. Gleichwohl werden wir uns um eine Verfeinerung der Mittel bemühen müssen, um Personen, die in Vertrauenspositionen berufen werden, unter Spionagegesichtspunkten noch besser durchleuchten zu können.

**WELT:** Heißt es, daß Sie die herkömmlichen Sicherheitsüberprüfungen nicht für optimal halten?

**Rebmann:** Es gibt spektakuläre Vorgänge, bei denen man den Eindruck hat, daß unter Sicherheitsgesichtspunkten vielleicht doch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind.

**WELT:** Sie haben eben auf spektakuläre Fälle verwiesen. Ich möchte daran anknüpfen. Immer wieder tauchen Mutmaßungen auf, daß Kanzleramtsspion Guillaume ausgetauscht werden soll. Würden Sie sich einem solchen Austausch widersetzen?

**Rebmann:** Ich würde diesen Austausch unter vielen Gesichtspunkten, nicht zuletzt dem der Abschreckung vor ähnlichen Straftaten, nicht für gut halten.